Humanistische Union

Quartalsbericht Nr. 168 (Dezember 1999)

Bericht des Landesverbandes Berlin für die Mitteilungen Nr. 168 (Dezember 1999)

Der Landesverband hat sich am 12. September zum **"Tag der Erinnerung, Mahnung und des Gedenkens"** mit einem eigenenStand beteiligt. Mit einem Flugblatt "Alles unter Kontrolle?" machtenwir auf die von der CDU geplante Videoüberwachung öffentlicherPlätze aufmerksam. Gegen den vermeintlichen Sicherheitsgewinnsolcher Überwachungsanlagen haben wir auf die Verdrängung vonRandgruppen aus dem Stadtbild, die zunehmende Unsicherheit innichtüberwachten Gebieten und die Gefahren einer abnehmendenZivilcourage hingewiesen, welche bei vergleichbaren Projekten inLondon zu beobachten waren. Mit den zahlreichen BesucherInnen vordem Roten Rathaus hatten wir interessante Diskussionen und einigeHinweise, in welchen Bereichen (z.B. Busse) es bereits Videoüberwachungen gibt.

Unter dem Titel **"Rentenrecht und Rentengerechtigkeit in Ostdeutschland"** veranstalteten wir am 20. November in den Räumlichkeiten der Gauck-Behörde eine Tagung, die sich ausführlichmit der renten- und rehabilitationsrechtlichen Situation von Opfern derSED-Herrschaft beschäftigte. Nach einer Einführung in die komplexeMaterie der Rentenberechnung durch einen Experten der BfA undeinem historischen Exkurs von Ingo Müller (Uni Bremen) zumUmgang mit Tätern und Opfern in der frühen Bundesrepublik referierteCornelius Pawlita (Sozialgericht Frankfurt/Main) zum Grundsatz derWertneutralität des Rentenrechts. An der Diskussion unter derModeration von unserem Schweriner Mitglied Oda Cordes, die dieVeranstaltung maßgeblich organisiert hatte, nahmen außerdem derHamburger Opfer-Anwalt Christian von Humboldt und Peter Eisenfeldvon der Berliner Landesbehörde für die Stasi-Unterlagen teil. Dabeiwurde deutlich, dass sich Personen, die aus politischen Gründen in der DDR beruflich benachteiligt wurden, sich heute durch das arbeits- und beitragsbezogene Rentensystem ungerecht behandelt fühlen und bürokratische Hürden im Bemühen um Rehabilitation als entwürdigend erfahren. Kontrovers wurde über Möglichkeiten einer Opferrentejenseitsdes derzeitigen Verfahrens diskutiert.

Mit einem Protestschreiben hat sich der Landesverband gegen diegeplante **Einschränkung des Demonstrationsrechts** in der BerlinerInnenstadt ausgesprochen. Angesichts der zahlreichen kommerziellenNutzungen des Stadtraumes (v.a. am Brandenburger Tor) wäre eineBegrenzung der Demonstrationen der falsche Weg, um dieVerkehrslage der Innenstadt zu entlasten.

In der nächsten Zeit will sich der Landesvorstand vor allem mit den **Haftbedingungen der Berlin/Brandburg-Gefangenen** befassen. Vor allem die mangelhafte medizinisch-psychologische Betreuung und die rechtlichen Grundlagen psychiatrischer Gutachten erweisen sich in der Gefangenenbetreuung immer wieder als problematisch. Für die Vorbereitung einer entsprechenden Veranstaltung Anfang nächsten Jahres wie auch zu allen anderen Themen laden wir Interessierte herzlich zu unseren öffentlichen Vorstandssitzungen ein, die donnerstags (14tägig) jeweils 18.30 Uhr beginnen. Für weitere Nachfragen und Termine ist die Landesgeschäftsstelle an der neuen Adresse im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4 in 10405 Berlin unter Tel. 2042504

https://berlin.humanistische-union.de/thema/quartalsbericht-nr-168-dezember-1999/
Abgerufen am: 17.11.2026